

# NZZ am Sonntag

## Europa

### Die Griechenland-Krise gefährdet die EU als ganze

Eigentlich gäbe es auch positive Nachrichten aus dem EU-Raum zu vermelden. Die Wirtschaft wächst wieder, selbst in den einstigen Krisenländern. Jüngst wurden die entsprechenden Zahlen gar nach oben korrigiert. Irland steht längst auf eigenen Füßen; in Spanien, Portugal und Italien besteht ein anhaltender politischer Wille zu Reformen mit schon erfreulichen Resultaten. Die Meinung, die schlimmsten Jahre der Krise in Europa seien vorbei, ist bestimmt richtig. Doch all das wird überlagert vom Seilziehen um Griechenland. Seit Monaten dominiert dieses Drama die Schlagzeilen, in einer grotesken Verzerrung der Proportionen, weil das Land nur 1,2 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung erbringt. Damit setzt sich in den Köpfen der Europäer (und der Welt) der Eindruck fest, Europa komme nicht vom Fleck und sei nach wie vor ein Sanierungsfall.

Die Perzeption einer Dauerkrise in Europa hat zunehmend politische Folgen. Fast überall befinden sich europaskeptische Parteien im Aufwind, etwa in Dänemark, wo eine solche eben die bisherige Regierung zu Fall gebracht hat. Die Renationalisierung der europäischen Politik nimmt zu. Dafür ist das Unvermögen von Brüssel, die Griechenland-Krise zu lösen, zu einem wesentlichen Teil verantwortlich. Die EU wird als ineffektiv, schwach und unfähig zur Bewältigung drängender Probleme wahrgenommen. Dieser Vertrauensverlust bringt eine wachsende Zahl von Wählern zur Überzeugung, man sollte das Schicksal wieder in die eigenen Hände nehmen und nicht länger auf Brüssel setzen.

Nur jemand könnte diesen Trend rasch stoppen: Angela Merkel. Sie müsste sich für den Grexit - den Austritt Griechenlands aus dem Euro - entscheiden oder für einen offiziellen Schuldenschnitt, den primär die EU-Mitglieder zu berappen hätten, allen voran Deutschland. Doch sie fürchtet die eine wie die andere Lösung. Der Grexit könnte als Fanal gewertet werden, dass der Euro in seiner Rolle als Katalysator einer weiteren Integration Europas gescheitert ist - einer Rolle, die ihm Merkel immer wieder zugewiesen hat. Ein offizieller Schuldenschnitt dagegen dürfte ihr grosse innenpolitische Probleme beschern und ihre Popularität gefährden. Deshalb versucht sie immer noch einen mittleren Weg, Durchwursteln genannt. Nur ist es gerade dieser Lösungsansatz, der den Eindruck einer Dauerkrise verstärkt und das Urteil über die Handlungsfähigkeit der EU negativ stimmt. Indem Merkel mit viel Taktieren versucht, unbedingt einen Teil - Griechenland - zu retten, gefährdet sie die EU als ganze. (fem.)

## Aussenpolitik

### Parlamentarier sollten sich mehr Zurückhaltung auferlegen

Widersprüchlicher kann Aussenpolitik fast nicht sein. Da erlässt der Bundesrat nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine Sanktionen gegen Russland und russische Meinungsmacher. Und trotzdem laden die Parlamentarier der Freundschaftsgruppe Schweiz-Russland wenig später zwei der Sanktionierten ins Bundeshaus ein, wo diese nun am Donnerstag empfangen und vom Parlament - mit Applaus - begrüsst worden sind. Die befremdliche Szene verdeutlicht wieder einmal, was in der Praxis zu oft vergessen geht: Aussenpolitik sollte primär Sache des Bundesrates sein. Dass sich auch die Parlamentarier dem Weltfrieden und guten internationalen Beziehungen verpflichtet fühlen, ehrt sie. Der Sache nützt solcher Eifer indes kaum. Es ist auf diesem Terrain schon für den Bundesrat schwierig genug, zwischen politischen, wirtschaftlichen und ideellen Interessen einigermaßen kohärente Positionen zu finden. Mischen sich dann noch Parlamentarier auf offiziellen Missionen ein, wirkt dies oft kontraproduktiv oder, wie diese Woche, schlicht und einfach peinlich. (dli.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

### Abgaben steuern die Einwanderung effizienter als jedes Kontingent

Auch in Brüssel liesse sich eine Abgabe für Zuwanderer gut begründen. Immerhin profitieren Zuzüger vom riesigen Schweizer Volksvermögen bei tiefen Schulden und Steuern, meint Reiner Eichenberger

Die Diskussion zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative fokussierte bisher auf Kontingente. Kontingente sind volkswirtschaftlich jedoch sehr schädlich. Je knapper sie festgelegt werden, desto wertvoller werden sie, desto grösser wird die Nachfrage danach, und desto langwieriger und fehleranfälliger werden die Bewilligungsverfahren. Das ist Gift für die Antragsteller, der Wettbewerb zwischen den Firmen und Branchen wird verzerrt, und der Staat wird zum Planer des Arbeitskräfteeinsatzes.

Bekanntlich sollten Staatseingriffe aber nicht durch Mengenpläne, sondern durch Lenkungssteuern erfolgen - in diesem Fall Zuwanderungsabgaben. Diese sollten proportional zur hier verbrachten Zeit sein und auch für nicht erwerbstätige Personen gelten. Sie könnten mit der Einkommenssteuer einfach von den Zuwanderern erhoben werden. Solche Abgaben sind Kontingente weit überlegen:

- Mit Abgaben können Ausländer frei, unbürokratisch und zeitgerecht eingestellt werden. Es wandern automatisch diejenigen zu, die davon grosse Vorteile haben oder ihren Arbeitgebern viel nützen. Die Abgabelast würde je nach Situation auf dem Arbeitsmarkt teilweise auf die Arbeitgeber überwälzt.
- Abgaben sind fair. Sie lenken einen Teil der Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit, die auch die Kosten der Zuwanderung trägt. Sie behandeln alle Zuwanderungswilligen und Arbeitgeber gleich; mit Kontingenten hingegen ist Zuwanderung für die einen gratis, für die anderen aber unerschwinglich.
- Abgaben können besser auf Nicht-Arbeits-tätige, Kurzaufenthalter und Grenzgänger angewendet werden, zudem kann man sie besser kantonal differenzieren.
- Abgaben verschaffen den Schweizern automatisch einen gewissen Vorrang.
- Abgaben sind EU-kompatibler als Kontingente, denn EU-Bürger können ohne diskriminierende und lange Zulassungsverfahren

in die Schweiz zuwandern. Trotz der Zuwanderungsabgabe bleibt die fiskalische Gesamtbelastung für die meisten Zuwanderer kleiner als in ihren Herkunftsländern. Die Überlegenheit von Preis- gegenüber Mengensteuerung ist auch Grundlage der europäischen Handels-, Umwelt- und Verkehrspolitik. So war die EU strikt gegen Schweizer Alpentransitkontingente, akzeptierte aber die Transitabgabe.

Zuwanderungsabgaben können gegenüber der EU gut begründet werden. Die hohe Zuwanderung ist stark eine Folge guter öffentlicher Leistungen bei tiefen Steuern. Das kann die Schweiz nur bieten, weil sie über lange Zeit ein riesiges Vermögen in Form von Infrastruktur, Immobilien, halbstaatlichen Unternehmungen oder etwa Reserven im Sozialversicherungssystem aufgebaut hat - und das alles bei tiefen Schulden. So sind die Schweizer Staatsschulden gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) um 60 Prozent kleiner als im EU-Durch-

schnitt, und das Pensionskassenvermögen beträgt weit über 100 Prozent des BIP, wohingegen in den meisten EU-Ländern die Renten direkt aus laufenden Steuern und Abgaben finanziert werden. In der Summe betragen die Unterschiede im Nettovermögen weit über 200 Prozent des BIP. Schon nur 200 Prozent des BIP führen bei einer langfristig realistischen Verzinsung von 3 Prozent zu einem Finanzierungsvorteil von rund 38 Milliarden Franken jährlich und so pro Einwohner zu rund 4600 Franken tieferen Steuern und Abgaben, als sie bei EU-Ver-schuldungsverhältnissen wären. Eigentlich könnte die EU der Schweiz vorwerfen, sie locke die Zuwanderer mit verbotenen Beihilfen aus ihrem Vermögen an.

Folglich sollten die grossen Erträge aus der guten Vermögenssituation der Schweiz nicht mehr vollständig mit den Zuwanderern geteilt werden, sondern ein Teil sollte gezielt an die bisherigen Einwohner der Schweiz fliessen. Dafür sollten künftig nur die bisherigen Einwohner sowie alle Zuwanderer, die länger als eine bestimmte Zeitdauer, zum Beispiel fünf Jahre, in der Schweiz gewohnt haben, eine entsprechende Dividende von etwa 4600 Franken aus den impliziten Vermögenserträgen erhalten. Zugleich würde der Staat aber von allen Einwohnern einen Grundbeitrag für die Nutzung der Staatsleistungen erheben, der leicht unter der Dividende liegt. Eine solche Abgabe von etwa 4300 Franken jährlich oder 12 Franken täglich würde die Zuwanderung sicher senken. Aber selbst bei reduzierter Zuwanderung würden wohl wenigstens 500 000 noch nicht dividendenberechtigte Neuzuwanderer in der Schweiz leben, die so jährlich gut 2 Milliarden Franken Grundbeitrag zahlen würden. Die bisherigen Einwohner hingegen würden um denselben Betrag entlastet. Damit wäre die Zuwanderung für die grosse Mehrheit der bisherigen Einwohner vorteilhaft, und Volk und Regierung hätten beste Anreize, um für eine möglichst attraktive und offene Schweiz einzustehen.

## Reiner Eichenberger



Reiner Eichenberger, 53, wirkt seit 1998 als Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg. Daneben ist er Forschungsdirektor des Center of Research in Economics, Management and the Arts (Crema) in Zürich und Mitherausgeber der internationalen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift «Kyklos».